



Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit erscheint.

Die Aufhebung der freien Vereinigung der Arbeiter und der Mitbestimmung der Arbeitslöhne im Wege stehenden §§ 182—184 der Gewerbeordnung vom Jahre 1845.

Auch die Fortschritte sympathisierter anfangs durchaus nicht mit gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht wenige Fortschrittsgrößen, darunter auch Schulze-Delitzsch, hielten die Trades-Unions für reaktionär; aber was ihnen zunächst noch fern oder un bequem erschien, das wurde für sie zur Notwendigkeit gegenüber der Lassalle'schen Arbeiter-Emancipation. Man bedurfte eines Bindemittels, um die Arbeiter an das wankende Banner des bürgerlichen Fortschrittes zu fesseln und dazu war der Räder der Gewerkschaftsbewegungen auszuweichen. Aber auch im „Allgemeinen Arbeiterverein“ änderte sich allgemach die Ansicht über die Gewerkschaften. Schweitzer, der Nachfolger Lassalle's, erkannte darin ein wichtiges Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern und Fröliche gründete besamntlich 1865 den „Allgemeinen Tabak- und Zigarrenarbeiter-Verein“. Auch die von Marx 1864 gegründete Internationale Arbeiter-Association begünstigte die Gewerkschaftsidee, allerdings aus anderen Gründen, als Schweitzer. Karl Marx hatte den Trade-Unionismus an seiner Quelle studiert und erachtete die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse als notwendig zu Erringung einer höheren Lebensstufe, um von da aus den politischen Befreiungskampf mit größerem Nachdruck führen zu können. Endlich hatte auch die preussische Regierung gegenüber dem Koalitionsrecht eine günstigere Stellung eingenommen; sie fand es vorteilhaft, durch Begünstigung der Emancipationsbestrebungen der Arbeiter, die ihr verhasste fortschrittliche Konfliktpartei zu schwächen und glaubte zu dem, mit dem Märchen vom „sozialen Königtum“ die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke einzufangen zu können. So kam es, daß sie, als Schulze-Delitzsch im Jahre 1865 seinen Antrag auf Aufhebung der Koalitionsverbote erneuerte denselben sympathischer aufnahm und im Jahre 1866 selbst dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegte, der die früheren Verbote aufzuheben sollte. Im 2. Abf. des § 1 dieses Entwurfs hieß es: „Verabredungen unter Gewerbetreibenden, welche darauf gerichtet sind, ihre Gesellen, Gehilfen und Arbeiter zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bewegen, daß sie die Arbeit einstellen oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gesellen, Gehilfen und Arbeiter entlassen zurückzuweisen, desgl. Verabredungen unter Gesellen, Gehilfen und Arbeitern, welche darauf gerichtet sind, Gewerbetreibende zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen oder verhindern, sind für die Teilnehmer rechtlich unverbindlich. Der § 2 des Entwurfs entsprach unserem jetzigen § 153 der Gewerbeordnung. Indes kam dieses Gesetz nicht zur Erledigung. Es bedurfte vielmehr eines neuen Vorgehens im 1867 neugewählten norddeutschen Reichstage, in dessen erster Session Schulze-Delitzsch und Becker-Dortmund beantragten: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber und Arbeiter sämtlicher Gewerkszweige, einschl. der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebs, der Stromschiffahrt, des Gestein- und Tagelohnhandwesens, — wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere vielleicht Einstellung der Arbeit und Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

Am 14. Oktober 1867 kam der Antrag zur Verhandlung; die Debatte ist lehrreich genug, um Einzelheiten daraus wiederzugeben, besonders um deswillen, weil Graf Posadowsky in der vorigen Reichstagsession gegenüber der Kritik seines geheimen Streikerlasses die neue Weisheit aufstellte, daß in einem Staate, wo die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht hätten, die Koalitionsfreiheit überflüssig wäre. Der Antragsteller Dr. Becker führte nämlich damals im Gegentell zur Begründung des Antrages aus: „Daß die geschliche Feststellung der Koalitionsfreiheit notwendig sei, damit das allgemeine Wahlrecht zu seiner wahren Geltung komme, damit es

unverfälschte Wirkung äußere.“ „Es handelt sich“, fuhr Dr. Becker fort, „für uns leblich um die politische Seite der Frage: Darf in einem Staate mit allgemeinem Wahlrecht für einen Teil der Wähler ein ungünstigeres Recht auf Gebieten, die das Zivilrecht betreffen, bestehen, als für den andern Teil? Unser Antrag bezweckt einerseits eine Ausgleichung, eine Beseitigung von Rechtsverschiedenheiten, andererseits bei den Arbeitern eine Hebung des staatsbürgerlichen Bewußtseins; er will eine Ursache der Verbitterung beseitigen, die in einem künstlichen, durch die positive Gesetzgebung geschaffenen Klaffengegenfaze wurzelt.“ Daraus ergiebt sich, daß es einem Teil der Fortschrittler nicht um die Förderung von Gewerkschaften, in denen der Klaffengegenfaze als natürlicher zu Tage treten mußte, sondern um die politische Anregung der Arbeiter im Dienste der Fortschrittspartei zu thun war. Verständnißvoller faßte Dr. Waldeck die Sachlage: „Das Kapital hat vollkommene Freiheit erlangt, wir sehen, wie es sich ausdehnt, wir sehen die große Ausdehnung der Industrie, den Reichtum, den sie schafft. Wenn aber das Kapital die Freiheit haben soll und muß, so muß vor allen Dingen die ganz gewöhnliche Freiheit des Menschen, die Freiheit des Bürgers, die die Verfassung garantiert, doch mindestens den viel schlimmer gestellten Arbeiter werden. Die Koalitionsverbote sehen ganz und gar auf dem Standpunkt der Sklaverei, denn was der Herr gegen den Sklaven thut, das macht sich hier der Reich gegen den Arbeiter an und daß er es thut, das ist eben das Recht des Stärkeren. Die Koalitionsverbote sind ein grober Mißbrauch des Stärkeren!“

Dr. Böwe bezzeichnete die Koalitionsfreiheit, die wirtschaftliche Freiheit als das hellste und höchste Recht des Menschen, das Recht, das jeder mit seinen Kräften anwenden, anfangen könne, was er will, sobald es keinem Sittegesetz in seinen Handlungen widerspricht. Schulze-Delitzsch endlich nannte das Koalitionsrecht ein Natur- und Grundrecht, das im Wesen des Menschen und in den Verhältnissen seiner Zeit liege und mit dem der Staat nicht brechen könne, ohne mit seiner eigenen Existenzfähigkeit zu brechen. Wenn man dem Arbeiter sagt: Du darfst deinen Arbeitsvertrag kündigen, du kannst einen hohen Lohn fordern, wird er dir nicht gewährt, so suchst du die ein anderes Unterkommen; wenn man dann aber hinzusetzt: Das darfst du allein, aber so wie du dich mit anderen zu diesem Zweck zusammenfuchst, so ist es dir unerlaubt, — was wird man damit erreichen? Dann stellt sich die Gesetzgebung gerade jenen natürlichen Rechten gegenüber, die tief in aller Brust eingewurzelt sind, auf einen Standpunkt, wo sie das Reichsbewußtsein schädigt, namentlich der gedrückten Klaffen, daß nach Gesetz und Recht der Spielraum für sie und die bessergestellten Klaffen gleich bemessen sei. Damit werden sie die Gesellschaft an ihrer Wurzel fädigen und Verböthen künstlich schaffen.“

Und die Regierung ließ durch den Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Dr. Delbrück, erklären: „Die Erörterungen über diese Frage und die Erfahrungen über die Wirkungen der Koalitionsbeschränkungen im Auslande haben für uns die Ueberzeugung begründet, daß die Zeit der Koalitionsbeschränkungen vorüber ist.“

30 Jahre später findet Graf Posadowsky, daß das ganze Koalitionsrecht überflüssig ist, weil die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht hätten. Haben diejenigen nicht recht, welche behaupten, Graf Posadowsky sei mindestens 50 Jahre zu spät auf die Welt gekommen?

Am 19. Oktober 1867 erließ die preussische Regierung ein Notgesetz, das die Koalitionsverbote für die gewerblichen Arbeiter aufhob. Dasselbe ging anderthalb Jahre später in die Gewerbeordnung für das deutsche Reich über (siehe die §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869). So hatte man der Arbeiterklasse das Koalitionsrecht gewährt in der allerseitigen Erkenntnis, der sich damals selbst die Konservativen anschlossen:

„daß die Zeit der Koalitionsverbote ein für alle Mal vorüber ist.“

Schluß folgt.

Gauversammlung des Agitationsbezirk Frankfurt a. M.,

abgehalten in Offenbach a. M. am 30. Oktober 1898.

Die Versammlung war von den Frankfurter Kollegen ursprünglich nach Frankfurt in den „Erlanger Hof“ vor mittags 10 Uhr einberufen. — „11 Uhr eröffnet Koll. Werner-Frankfurt die Versammlung und teilt als Uebertragung mit, daß ihm der anwesende Vertreter der Polizei erklärt habe, daß die Versammlung um 1 Uhr der Kirche wegen geschlossen werden müßte, um 3 Uhr könnte dann die Fortsetzung sein, bezw. eine neue Versammlung stattfinden. Kollege Rupp-Frankfurt beantragt deshalb, die Versammlung hier zu schließen und im „Eiffischen“ abzuhalten. Dieser Antrag gelangte gegen eine Stimme zur Annahme und so pligerten denn die Teilnehmer über die alte Frankfurter Brücke nach Sachsenhausen, von wo zwei elektrische Straßenbahnwagen sie nach Offenbach brachten.

Kurz nach 12 Uhr wurde sodann die Sitzung zum zweiten Mal eröffnet und zwar im „Eiffischen“ zu Offenbach a. M. Die vorgenommene Bureauwahl ergab: Koll. Werner-Frankfurt als 1., Kollege Schröder-Höcht als 2. Vorsitzenden und Kollege Lange-Offenbach als Schriftführer. Anwesend sind als Delegierte aus Darmstadt die Kollegen Engel und Lorry, aus Frankfurt a. M. die Koll. Kräf, Rupp, Trompeter und Werner; aus Hanau und Steinhelm Kollege Wintelschäfer; aus Höchst die Kollegen Schröder und Schudard; aus Offenbach die Kollegen Fiedler und Lange; ferner sind noch einige Kollegen aus Frankfurt und Offenbach anwesend, die sich für diese Sitzung interessieren.

Die Orte Gießen, Homburg, Rhenburg, Alsfeld, Fulda, Limburg und Hohenau sind nicht vertreten, in den meisten dieser Orte haben wir noch keine Mitglieder.

Hierauf wird die Tagesordnung wie folgt festgelegt:

- 1. Was leht uns die letzte Generalversammlung?
2. In welcher Weise soll die Agitationskommission arbeiten?
3. Sitz der Agitationskommission und Wahl derselben.
4. Aufbringung der Kosten.
5. Verschiedenes.

Bei Punkt 1 giebt Kollege Werner einen kurzen Ueberblick über die letzte Generalversammlung. Er erwähnt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und die angenommene Beitragsserhöhung. Diefelbe war notwendig, um Mittel zum Kampfe zu haben. Erfreulicherweise seien dadurch bis heute nicht allzuviel Ausstritte erfolgt. — Betrachtet man ferner die Vorteile, die sich den Mitgliedern durch die Beitragsserhöhung vom 1. Januar an bieten (Reise- und Arbeitslofenunterstützung, Unzugskosten, Unterstützung bei Streiks, Rechtschutz bei Streitigkeiten, unentgeltliche Lieferung des Fachblattes „Dr. Presse“ und anderes mehr), so ist zu erwarten, daß immer mehr Kollegen von dem großen Wert der Organisation überzeugt werden und sich derselben anschließen. Der von manchen Seiten erhobene Borwurf, man wolle durch Einführung aller dieser Unterfützungen dem Gesellenbund Konkurrenz machen, sei entschieden zurückzuweisen; es ist eine Notwendigkeit, den Verein auch nach dieser Seite auszubauen.

Redner berührt hierbei die Verschmelzung und die Reichsweite Resolution und bemerkt, daß es noch bedeutender Agitation bedürfe um Anhänger zu gewinnen. Die große Masse der Bundesmitglieder sei viel zu wenig unterrichtet, dieselben müssen aufgeklärt werden; jedoch werden auch noch den Kollegen, die uns heute deswegen Kassenbetrübtl x. vorwerfen, die Augen geöffnet werden und sie werden mit für unsere Ziele eintreten. Denn auch die alten Bundesmitglieder werden noch einsehen lernen müssen, daß sie alle vom Unternehmertum abhängen.

Redner bemerkt weiter, daß auch von manchen Seiten versucht wird, die 1896er Lohnbewegung in den Staub zu legen und doch haben wir hier gewiß namhafte Erfolge zu verzeichnen: 2333 Personen haben eine Verfärzung der Arbeitszeit erzielt, 918 Personen erzielten die Bezahlung der Feiertage, 682 Personen einen Zuschlag für Ueberstunden von 25—50 Proz. Außerdem erreichten eine große Zahl von Kollegen den geforderten Mindestlohn und bedeutende Lohnaufbesserungen.

Zu den Sonderorganisationsbestrebungen meint Redner, daß diese ganze Bewegung wohl auf allen Winden ausverloren zu betrachten sei. Troßdem aber die Vertreter der Sonderorganisation aus Stuttgart und Leipzig in der Frankfurter Generalversammlung das Verprechen abgegeben haben, für eine Wiedervereinigung einzutreten, höre man, daß der Leipziger Delegierte gegen diese Erklärung handle und in Leipzig weiter für die Sonderorganisation eintrete. — Dies beweise, daß nicht die Vorwürfe, welche die leitenden Herren der Sonderorganisationsbestrebungen ins Feld führten, maßgebend waren, sondern Ständebüdel und Ministerfolg. Jedoch auch die Zeit halte er nicht mehr fern, wo auch diese Kollegen wieder zu uns zurückkehren.

Unsere größte Aufgabe sei jetzt und in Zukunft, kräftig für unsere Ideen zu agitieren, unsere Organisation immer mehr auszubauen und neue Mitglieder zu gewinnen; vor allem in den Druckorten, wo wir heute noch keine Mitglieder haben.

Durch die jetzt einzuführende Gauinteilung sei ein weiterer Schritt nach vorwärts gethan und es handle sich für uns heute darum, geeignete Beschäfte zu fassen, die dem Sinne des Statuts entsprechen.

In diese befallig ausgewommene Ausführungen entspinnt sich eine lebhaft Debatte.

Kollege Trompeter: Die englischen Gewerkschaften haben denselben Prozeß durchgemacht, den unsere Gewerkschaftsbewegung zum Teil jetzt durchmacht und der uns noch bevorsteht. Die Arbeitslofenunterstützung sei das Bindemittel der Gewerkschaften; wenn er auch früher Gegener einer Arbeitslofenunterstützung war (was ihm von manchen Seiten heute noch vorgeworfen würde), so habe



Schmelzung beider Vereine nur ein kleiner Schritt. Die Ausführungen der Kollegen Döfner, Streich und Werten — dieselben sind nur Bundesmitglieder — gipfelten in der Ansicht, daß die Sicherheit der Unterstüßungsabgabe im Falle einer Verschmelzung durch Gelegensveränderungen gefährdet werden können, und ersuchen die alte Form beizubehalten. Dürer tritt dem entgegen und ist der Ansicht, daß bezügliche Voraussetzungen und durchaus nicht von einer Verschmelzung abhalten können. Redner verweist auf die Buchdrucker, welche es jeder Zeit verstanden hätten, sich den jeweiligen Gegebenen anzupassen und heute als eine der kräftigsten Organisationen dastünden. Kollege Bortisch tritt zunächst der auch am hiesigen Ort gefällenen Meinung entgegen; es sei bei einer Verschmelzung unsererseits nur auf die vorhandenen Geldmittel des Senefelder-Bundes abgesehen, auf das entlegenste entgegen; nicht die gefüllten Kassen des Bundes, sondern die indifferenten Mitglieder desselben wollen wir haben. Die praktische Erfahrung habe gezeigt, daß große kräftige Organisationen, welche infolge eines gut ausgebildeten Unterstüßungsorgans einen festen Stamm von Mitgliedern in sich vereinigen, bei Differenzen mit den Unternehmern in den meisten Fällen ohne Streik, auf dem Verhandlungswege besser abgemittelt als sogenannte reine Kampforganisation mit einem fortgesetzt schwankenden Mitgliederbestand. Wenn weiter gesagt würde, man müsse den Bund gegen eine etwaige reaktionäre Gehegung sichern, so stelle er dem entgegen: In demselben Moment, wo die Organisation fällt, fällt auch der Senefelder-Bund, indem es doch offensichtlich sei, daß in beiden Vereinen zum großen Teil die gleichen Personen seien und dann nach der Auflösung des einen die Vertretung der Sache in den andern den Behörden sofort klar sein würde. Wenn nun des weiteren seitens des Kollegen Wöring von einer radikalen Richtung gesprochen worden sei und man ihn so quasi als offiziellen Vertreter dieser Richtung bezeichnet habe, so siehe er nicht an zu erklären, daß auch er das Recht einer freien Meinungsäußerung für sich in Anspruch nehme, er habe jetzt und offen erklärt, daß er in der Form, wie sie die Resolution Worthners enthält, nicht das Ideal unserer Zukunftsorganisation erblicke und aus diesem Grund auch in Frankfurt a. M. zur Generalversammlung eine Gegenresolution eingereicht. Nachdem aber durch Majoritätsbeschluß der Delegierten die Resolution Worthners für die organisierte Kollegenchaft Deutschlands eine bindende Kraft erhalten habe, habe er, sowie alle, welche gleiche Meinung waren, sich dem gefügt, auch er siehe heute so gut wie jeder andere auf dem Boden der Reichsweiten Resolution, so daß wohl von einer radikalen Richtung nicht mehr die Rede sein kann. Nachdem nunmehr die beiden Referenten nochmals in kurzer Weise ihre Anschauungen zum Ausdruck gegeben hatten, gelangte folgende Resolution zur Abstimmung:

Die heutige Mitgliederversammlung des Senefelder-Bundes, Zahlstelle Brandenburg, stellt sich nach dem Referat des Kollegen Wöring gegen die Verschmelzung sowie des Korreferates des Kollegen Sillier auf dem Boden des seitens der Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen in Frankfurt a. M. einstimmig gefaßten Beschlusses, dieselbe erklärt in der Verschmelzung beider Vereine einen weiteren Fortschritt im Ausbau unserer Gewerkschaftsorganisation zum Wohle der Gesamtheit.

Vorsitzende Resolution gelangte, da sich ca. 20 Verschmelzungsgegner zum Teil entfernt hatten oder sich der Abstimmung enthielten, einstimmig zur Annahme. Hierauf Schluß der Versammlung 12<sup>1/2</sup> Uhr. Anwesend waren ca. 70 Personen.

Breslau. Bei der am Montag, den 31. August, im Café-Restaurant stattgefundenen, recht zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des D. S.-V. stand außer den lokalen Angelegenheiten, auch die Verschmelzungsfrage auf der Tagesordnung. Erfreulicherweise waren zu dieser Versammlung die Älteren, ebenso auch die bei d. Behörden u. angestellten Kollegen erschienen, um bei dem Punkt: Verschmelzung des S.-V. mit dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen ein Wortchen mitzusprechen zu können. Und in der That entspann sich auch über diesen Punkt eine lange und recht lebhaft abgelebte Debatte und brachten Gegner und Freunde der Verschmelzung ihre Meinung genügend zum Ausdruck. Nachdem sich die meisten gegen eine Verschmelzung und einige Verwaltungsmitglieder dafür ausgesprochen hatten, gelangte nachher, mit Beifall aufgenommene Resolution zur Abstimmung und mit großer Majorität zur Annahme:

Die heute am 31. Oktober im Saale des Café-Restaurant tagende Versammlung d. Mittlgl. Breslau des D. S.-V. spricht sich dahin aus, daß die Mitglieder des D. S.-V. durch eine Verschmelzung der Kaffe mit dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen Vorteile nicht erblicken können und es für besser halten, wenn sich beide Kassen getrennt in ihren Rahmen und nach ihren Zwecken weiter ausbauen.

Silbesheim. Kollegen, welche etwa die Ansicht haben sollten, bei der Firma B. Schläger, Lithographie und Steindruckerei in Silbesheim, in Arbeit zu treten, wollen wir auf die in diesem Geschäft herrschenden Verhältnisse aufmerksam machen. Bei Engagement macht der Herr Schläger die weitgehenden Verpflichtungen. Der Lohn ist bei vollständiger Arbeitszeit äußerst niedrig, und selbst der lärgliche Verdienst ist nur mit Mühe und Not zu erhalten. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, es sind sogar den Gehilfen gegenüber Simulationen gefallen, welche hier nicht wieder gegeben werden sollen. Hört ein Kollege auf, resp. muß er aufhören, so wird ihm in der Rindlungszelt das Leben so „angenehm“ als möglich gemacht, und in letzterer Zeit wurden abgehende Kollegen zum Teil erst noch die Hilfe des Gewerbegerichtes in Anspruch nehmen, um zu ihren Rechten zu kommen. Nähere Auskunft wird vom hiesigen Verrechnungsmann gern erteilt und raten wir allen Kollegen, welche bei der Firma Schläger in Arbeit zu treten gedenken, sich vorher Auskunft zu verschaffen, damit sie nicht um eine trübe Erfahrung reicher werden.

Nürnberg. Unter ziemlich guter Beteiligung fand am Samstag, den 5. November die Gründungsfeier des deutschen Senefelder-Bundes am Orte statt. Den musikalischen Teil des Programms hatte das Kar.liche Orchester übernommen, welches sich seiner Aufgabe in gewohnter musterhafter Weise entledigte. Leider, und das muß zu unserer eigenen Schande hier erklärt werden, mangelt es manchem Lithographen und Steindrucker noch an Kunstverständnis, denn: sonst wäre man den Musikspizzen mit etwas mehr Aufmerksamkeit und Verständnis gefolgt. Uns sind am Festabend wiederholt Klagen zu Ohren gekommen, dahingehend, daß ein nur zu großer Teil von Kollegen für mangelnde Kunstgenüß kein Ohr haben. Mögen diese wenigen Worte denen, die es angeht, zu denken geben. — Die Gelangsgesellschaft „Senefelder“ leiste für ganzes Können von Wetlingen des Festes etc. — Die Festrede des Kollegen Albrecht gipfelte in einem Rückblick auf die Entstehung des Bundes, wie er war und wie er jetzt ist. Die Festrede muß jedoch als völlig mißlungen betrachtet werden, obwohl das Material als ein vorzügliches, allein bestimmt für eine Festrede als nur ungeeignet bezeichnet werden muß. Weiter und darüber auszulassen verbietet des Berichterstatters Höflichkeit. Kolg. G. Swatowski leierte in feinen feinsten Worten die Verschmelzung des Bundes mit der Organisation, wofür er trachtlichen Beifall erntete. Auch eine offizielle Postkarte fehlte nicht, wie dieses nun einmal Mode geworden ist, welche auch guten Abzug fand. Im großen Ganzen kann jedoch die Feyer als sehr gelungen betrachtet werden. Begrüßungstelegramm: Leipzig aus Leipzig und Berlin ein. Wenn das Fest nicht allzugroßes sein würde, so gedenken die Bundesmitglieder in Nürnberg nachträglich eine Gedächtnisfeier herauszugeben, welche sämtliche Entwidelungsstufen des Bundes, auch die neueste, aktuelle Frage der Verschmelzung enthalten soll. Es geschieht dieses des halb, um denjenigen Kollegen das Handwörter zu legen, welche aus Unkenntnis die eigentlichen Ziele des Bundes verfehlten. Hierauf sei die Kollegenchaft schon heute aufmerksam gemacht.

Saalfeld a. S. Die Jubiläumsfeier des Senefelder-Bundes verbunden mit 127. Geburtstagsfeier unseres Altmeisters Senefelder am 6. Novbr. im Saale des „Breuhtischen Hofes“ nahm einen schönen und würdigen Verlauf. Von den circa 50 Mitgliedern hatten über 2/3 freiwillige Beiträge zwecks Abhaltung dieser Feyer gespendet. Das Programm bestand aus Polog, Ansprache, gelanglichen, musikalischen und humoristischen Vorträgen und wurden von sämtlichen mitwirkenden Jüngern Senefelders zur größten Zufriedenheit der zahlreich anwesenden Gäste durchgeführt. Auch ein Festlied und eine offizielle Postkarte waren zu dieser gelungenen Feyer extra erschlichen. M.-D.

Suttgart. Billale der Chemigraphen. Mit einigen erklärenden Worten, welche Bedeutung die heutige Sitzung für uns habe, eröffnete Kollege Doffinger die am 15. Oktober stattgefundene Generalversammlung. Nach dem Verlesen des Protokolls, welches angenommen wurde, nahm Kollege Doffinger das Wort zum Bericht vom vorliegenden Geschäftsjahre. Der Bericht zeichnete sich durch eine übersichtliche Ausarbeitung aus, selbst eines poetischen Hauches entbehrte er nicht. Reichlicher Beifall lohnte den Redner für seinen gut durchdachten und von viel Mühe und Arbeit zeugenden Bericht. Der Kassenbericht fiel diesmal sehr günstig aus, da aus denselben hervorging, daß der Kassenbestand 161 M. beträgt. Bei der hierauf folgenden Kennebau der Gesamtverwaltung schloß es nicht an kleinen Debatten, da die meisten in Vorrag gebracht Kollegen es ablehnten, ein Wort im Vorhande zu begleiten. Nach längerer Diskussion und auf Zutreden verschiedener Kollegen nahmen sie doch die auf sie fallenden Wahlen an so daß die jetzige Verwaltung die folgt, konstituiert ist: 1. Bevollm. Kollege H. Doffinger, 2. Bevollm. Kollege C. Ulzheimer, Kassierer K. Körber, Schriftführer M. Redner; als Kassierenhelfer wurden gewählt: C. Ulzheimer, F. Haisch und J. Doubrawa. Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Schwarz mit, daß bei A. Krämer eine Stelle als Auto-Zeiger frei sei und fanden sich auch einige Referenten hierfür. Nach einer längeren Debatte betr. Adresse eines Kollegen ohne Wohnungsangabe schloß Kollege Doffinger die von 18 Mitgliedern beachtete Versammlung, und gab bekannt, daß jetzt bloss alle 4 Wochen, jeden 1. Samstag im Monat eine Sitzung stattfindet.

Würzburg. In der Steindruckerei von J. M. Richter in Würzburg sind Verhältnisse eingetreten, die einfach unhaltbar sind. Seit 1. November ist hier ein Faktor in Tätigkeit, der die bis dahin erträglichen Vergütungen so dezent umgestaltet hat, daß es nicht zum aushalten ist. Jeder, der seine Besuche nicht sofort und ohne auszubilden desoft, soll nach seinen eigenen Worten sofort und ohne Kündigung „hinausgeschmissen“ werden. Dabei läuft der Herr von einem zum andern, die ganze Zeit treibend und drängend: „Machen Sie ein wenig jändler“, „machen Sie vorwärts“. Unter der Leitung des jüngerer Faktors ging alles nach Wunsch; die Umbrüder lieferten zur Zeit ihre Umbrüder, die Maschinen liefen ohne Aufsicht, man wurde anständig behandelt. Ein Treiben, ein Drängen, ein Drohen gab es nicht. Unter anderem war z. B. an der Umbrüderpresse für größere Formate immer ein Lebling zum Anlegen der Umbrüder und zur sonstigen Hilfe im Fertigmachen mit thätig; jetzt dagegen muß der Lehrling, der deßtätig gelagt 50 Pf. pro Woche erhält, die Originalsteine herum-schleppen und ins Regal legen, was für den noch nicht 15 Jahre alten Jungen eine schwere Arbeit ist. Nun hat der Umbrüder den Muschler, der ihm einen Umbrü-

zum Ueberstehen brachte, denselben mit anzulegen (eine Arbeit von 2 Minuten), der Herr Faktor kommt herbei und sagt zu dem Muschler: „Seit wann sind Sie Buchfeger geworden? Sie haben andere Arbeit als Buchf. zu spielen“, derweil hatte er dem Buchf. resp. Lehrling selbst andere Arbeit zuerteilt, allein kann man aber doch seinen Umbrüder anlegen. Ein Tag später (Samstag) verlangt der Herr Faktor von demselben Muschler, die Press: eines Lehrlings, an welcher er einige Abzüge gemacht hatte, aufzuräumen. Da die Umordnung noch von dem Lehrling herrührte, wogerte sich der Kollege dies zu thun, worauf ihm vom Faktor sowie Direktor befohlen wurde, entweder sofort auszutreten oder unweigerlich zu gehorchen. Ein ähnlicher Fall kam am gleichen Tage noch vor. — Solche Ereignisse werden alle Kollegen zum Zusammenhalten anspornen, um energisch diese Zumutungen von sich zu weisen. Die Verwaltung der Zahlstelle Würzburg.

Verschiedenes.

Zur Konturs befindet sich die Leipzig'ger Kunstdruck- und Verlagsanstalt (Dr. Bortisch). Besterer ist sächslg. Die Posten sollen über eine Million Mark betragen.

Anzeigen.

Junger Steindrucker für Hochdruck auf feineren Verantilarbeiten sucht sofort Stellung. Gest. Offerten an Robert König, postlagernd Göttingen.

Deutscher Senefelder-Bund. Mitgliederversammlung München. Samstag, den 19. November, abends 8 Uhr findet im Gabelberger Keller, Karstr. die 25jährige Gründungsfeier des deutschen Senefelder-Bundes mit Konzert, Gesang, vortragsmäßigen Vorträgen und Ball statt. — Eintritt 1 M., Damen frei. Das Fest-Komitee.

Achtung! Gau II. Achtung! Agitationsbezirk Berlin. Die Kollegen der Städte Berlin, Altdorf, Poppdam, Neu-Ruppin, Fürstenwalde, Frankfurt a. O., Kottbus, Charlottenburg, Schöneberg, Wetzlar, Perleberg und Sommerfeld, fordern wir hierdurch auf, den Samstag am 20. November in Berlin durch Delegation zu beschicken. Derselbe findet im Lokal des Kol. A. Neumann, Berlin, Brunnstr. 150, statt. Tagesordnung: 1. Informationsbericht der Delegierten. (Inkl. über den Stand des Senefelder-Bundes in ihrem Ort.) 2. Agitationsfragen, eventuell Anträge dazu. 3. Verschiedenes.

J. A.: Die Agitations-Kommission. Verein d. Lithographen, Steindrucker u. Verlagsgen. Deutschl. Filiale Berlin. Donnerstag, den 17. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag; 3. Diskussion; 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Achtung! Koll. gen Nürnbergers u. Umg.! Den werten Kollegen zur gest. Kenntnis, daß ich ab 1. November die

„Restauration zur „Friedensruh““ Bouvereinsstraße 40 übernehmen habe. Ersuche meine werten Kollegen, mich freundlichst unterstützen zu wollen, zugleich vorführend, daß für ff. Bier und diverse Speisen, sowie gefällige Unterhaltung bestens Sorge getragen ist. Montag und Dienstag

Nürnberg Spezialität: „Metzelsuppe“. Mittwoch Gesellschaftsabend, sowie Samstag Federkudde, zugleich Tarokabend.

Eigene Hausstapelle. Mit kollegialem Gruß Karl Deutler, Walzenkünstler und Buchdr.

Senefelder-Büsten 68 cm und 48 cm hoch, Senefelder- und Gutenberg-Büsten 18 cm hoch als Zimmerstempel passend, empfiehlt Hugo Köhring, Chemnitz, Kuboldstr. 43 II. Particbezug für Vereine billigt.

Unterrichts-Briefe zur Erlernung der deutschen Volkstumschrift (Stenographie), System Wendts, Vereinfachung von 1893, von G. Richter, Leipzig-Kennlich, Dörfstr. 48. Preis 75 Pf.

Die Erfindung der Lithographie durch Alois Senefelder. Von Fr. Hausen. 4 Bogen. Preis 50 Pf. Verlag von Conrad Müller, Schleich-Verlag.